

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 19. Februar 2014

Stiftung Marktwirtschaft lehnt das Rentenpaket(-Plakat) ab

Der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales birgt böse Überraschungen. Kosten in Höhe von 443 Mrd. Euro fallen langfristig nach unseren Berechnungen für die rentenpolitischen Maßnahmen an.

Die Rentenpläne von CDU/CSU und SPD für die neue Legislaturperiode lassen einen Lerneffekt aus der Schuldenmisere und der Eurokrise vermissen. Den Krisenländern werden von der Bundesregierung schmerzhafteste Strukturereformen für mehr fiskalische Nachhaltigkeit auferlegt. Im eigenen Land hingegen treibt sie die impliziten (durch Leistungsversprechen bereits heute absehbaren und in den kommenden Jahrzehnten anfallenden) Schulden weiter in die Höhe.

Das Plakat aus der 1,15 Millionen Euro teuren Kampagne zu dem noch nicht im Bundestag beschlossenen Rentenpaket ist gedruckt und weckt Erwartungen, die die Beitrags- und schließlich auch die Steuerzahler dauerhaft viel Geld kosten werden. Mit Gerechtigkeit hat dies nichts zu tun – mit Generationengerechtigkeit schon gar nichts. Zutreffender erscheint uns daher das folgende Plakat in leicht abgewandelter Gestaltung:

Das wahre Rentenplakat

**Verdient?
Geschenkt!**

Das Rentenpaket verbaut den Weg in die Zukunft: Ab dem 1.7.2014 werden neue Gerechtigkeitslücken geschaffen, frühere Lebensleistungen höher gewichtet und heutige wie zukünftige Lebensleistungen entwertet. Die Rente wird wieder unsicher und Generationenungerechtigkeit auf den demographischen Punkt gebracht: Wahltag ist Zahltag.

- Beitragserhöhungen
- Steuererhöhungen
- Fachkräftemangel
- Keine Arbeitnehmerentlastung

Das teure
**RENTEN
PAKET**
So verpacken wir
Ungerechtigkeit.

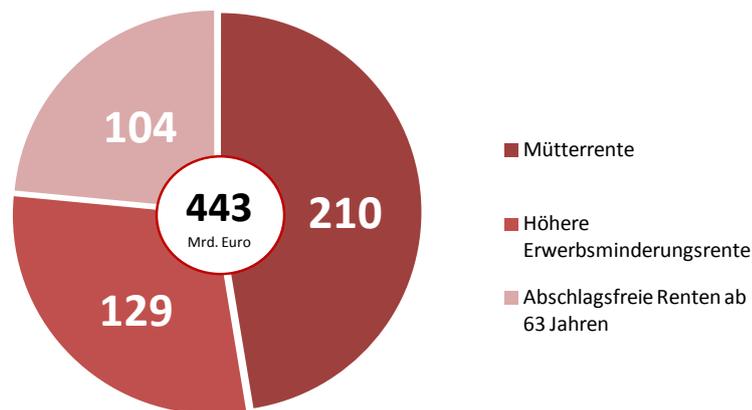
Montage: Stiftung Marktwirtschaft

Unser Plakat können Sie auf unserer Homepage herunterladen:
www.stiftung-marktwirtschaft.de.

Infolge der Rentenpläne ist mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von mindestens 10 Mrd. Euro zu rechnen. Über die lange Frist summieren sich die Kosten für diese Leistungsausweitung

auf einen Betrag von 443 Mrd. Euro und zwar unabhängig davon, ob nun die Beitrags- oder Steuerzahlenden für die Finanzierung aufkommen müssen. Dieser Kostenposten setzt sich aus der „Mütterrente“ zur stärkeren Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder, einer höheren Erwerbsminderungsrente durch Anhebung der Zurechnungszeit und einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte zusammen.

Langfristige Kosten der Rentenpläne in Milliarden Euro



Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Leitung Kommunikation, Medien und Ordnungspolitik

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
D-10117 Berlin

Tel. (030) 20 60 57 33
Fax (030) 20 60 57 57

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de
www.twitter.com/StiftungMaWi

Besuchen Sie auch Markt-Ruf, unseren neuen BLOG: www.markt-ruf.de

Mehr Informationen zum Kronberger Kreis: <http://www.kronberger-kreis.de>